

15.03.2022

## Antrag

**der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP**

**Die Bundeswehr gehört in die Mitte der Gesellschaft – Nordrhein-Westfalen setzt Zeichen bei der geplanten Neuaufstellung der Bundeswehr**

### **I. Ausgangslage**

Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 markiert einen tiefen historischen Einschnitt in der europäischen Geschichte. Dieser Angriffskrieg auf europäischem Boden stellt auch einen Angriff auf unsere europäischen Werte dar. Mehr als zwei Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer haben bislang ihr Land verlassen und sind in die Nachbarstaaten geflüchtet. Auch Nordrhein-Westfalen zeigt sich in dieser Notlage solidarisch und nimmt Flüchtlinge auf. Die Landesregierung hat ergänzend zu den Beratungen des Kabinetts einen Kabinettausschuss zu den Folgen des Krieges in der Ukraine für Nordrhein-Westfalen eingesetzt. Im nordrhein-westfälischen Flüchtlings- und Integrationsministerium nimmt vor diesem Hintergrund ein eigener Stab zur Organisation und Koordination des Flüchtlingszuzugs seine Arbeit auf.

Angesichts der internationalen Lage muss sich Deutschland und damit auch die Bundeswehr auf mehr und fordernde Einsätze einstellen. Präsident Wladimir Putin hat uns schmerzlich vor Augen geführt, dass wir wieder mehr für unsere Sicherheit investieren müssen und Sicherheitspolitik neu gedacht werden muss. Deutschland und Europa müssen diese neue Realität anerkennen und die deutsche Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik in nie dagewesenem Maße neu ausrichten. Am 27. Februar 2022 hat Bundeskanzler Olaf Scholz im Deutschen Bundestag die Schaffung eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro angekündigt. Zusätzlich will der Bund nun den Verteidigungshaushalt auf über zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöhen.

Die Bundeswehr hat nach Jahren der Einsparungen einen großen Investitions- und Modernisierungsbedarf bei Ausstattung und Material. Die dringend benötigten Beschaffungsprojekte für den umfassenden Auftrag der Landes- und Bündnisverteidigung bei paralleler intensiver Nutzung in den Auslandseinsätzen, ist eine der zentralen Herausforderungen für die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr. Eine moderne, schlagkräftige und gut ausgestattete Parlamentsarmee stellt das Fundament für die Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung dar. Sie zu stärken ist eine Investition in die Attraktivität sowie in die Zukunft unserer freien und offenen Gesellschaft. Durch freiwillige Angebote der Bundeswehr können zusätzlich das Interesse und Berührungspunkte für einen Dienst in der Reserve und den Heimatschutzkräften wieder dauerhaft erhöht werden.

Der Erfolg wird ganz entscheidend davon abhängen, ob die deutsche Bevölkerung diese Vorhaben mitträgt. Daher muss sie von Beginn an aktiv in den Prozess eingebunden werden. Unsere Bundeswehr ist aus Sicht der NRW-Koalition aus CDU und FDP ein fester und selbstverständlicher Bestandteil der Gesellschaft. Die Soldatinnen und Soldaten sind „Staatsbürger in Uniform“ und verstehen sich aus ihrem Grundverständnis heraus sowohl als Angehörige der Streitkräfte als auch als fester Teil der Gesellschaft. Um ihren Aufgaben gerecht werden zu können, muss daher nicht nur in Personal, Material und Ausbildung der Bundeswehr investiert werden. Die neue Rolle der Bundeswehr muss auch frühzeitig in der Bevölkerung verankert werden. Hierzu leisten die Jugendoffiziere einen wichtigen Beitrag. Sie bringen sich aktiv in die demokratische Willensbildung ein. Eine mehrjährige Ausbildung inklusive Hochschulstudium sowie aufeinander aufbauende Lehrgänge bereiten die Jugendoffiziere zusätzlich auf ihre Rolle vor. Außerdem verfügen sie über militärische Führungserfahrung – manchmal auch in Auslandseinsätzen – und können somit „aus erster Hand“ berichten.

Die Landes- und Bündnisverteidigung, und damit auch die Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, ist und bleibt Kernauftrag der Bundeswehr. Zu den weiteren Aufgaben der Bundeswehr zählt auch der Heimatschutz. Er umfasst unter anderem Hilfeleistungen in Fällen von Naturkatastrophen, schweren Unglücksfällen und bei innerem Notstand sowie Amtshilfe. Bei Katastrophen oder größeren Unglücken in Deutschland unterstützt sie damit Institutionen wie THW, Feuerwehr, Polizei und Gesundheitsämter, wenn deren Kapazitäten erschöpft sind. Das gilt sowohl für die rein technische als auch für die personelle Unterstützung. Im vergangenen Jahr leistete die Bundeswehr ganz entscheidende Amtshilfe bei der Bewältigung der Flutkatastrophe in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern.

In internationalen Krisenlagen müssen sich die Heimatschutzkräfte darauf einstellen, Teile von Aufgaben der aktiven Berufs- und Zeitsoldaten zu übernehmen und die für die Verteidigung wichtige Infrastruktur in Deutschland zu sichern und zu schützen.

Wir möchten unseren Soldatinnen und Soldaten daher auch den politischen und gesellschaftlichen Rückhalt geben, der sie zur Erfüllung ihrer wichtigen Aufgaben motiviert und dementsprechend die Wahrnehmung und Akzeptanz der Bundeswehr fördern. Unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen Anerkennung und Wertschätzung für ihren Dienst, den sie oft unter erheblichen persönlichen Belastungen und Entbehrungen leisten.

Unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen mehr Wertschätzung für ihren Einsatz für unsere Freiheit. Tag für Tag stehen sie für Freiheit und Demokratie ein und haben geschworen, ihr Leben dafür einzusetzen. Dieser Einsatz wird leider viel zu häufig vergessen und gewürdigt. Daher ist es, gerade in Zeiten wie diesen, wichtig, die Bundeswehr wieder mehr in die Mitte der Gesellschaft zu rücken.

## **II. Beschlussfassung**

Der Landtag stellt fest:

- Die Bundeswehr trägt tagtäglich zur Sicherheit, Stabilität und Freiheit Deutschlands und seiner Bürgerinnen und Bürger bei.
- Angesichts des Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine ist eine Ausrüstungs- und Aufrüstungsoffensive ebenso dringend notwendig wie eine Informations- und Aufklärungskampagne in der breiten Bevölkerung.

- Die Bundeswehr muss befähigt werden, das eigene Territorium und die eigene Bevölkerung wirksam gegen jedwede Form der Gewalt und der Nötigung zu schützen und zu verteidigen.
- Wir stehen hinter unseren Soldatinnen und Soldaten und ihrem Auftrag, bringen ihnen Respekt, Anerkennung und Wertschätzung entgegen.
- Anerkennung und Wertschätzung drücken sich in einer angemessenen Ausgestaltung der sozialen und materiellen Rahmenbedingungen des Dienstes in der Bundeswehr aus. Hierzu muss die Bundeswehr die finanziellen Mittel und die politische Rückendeckung erhalten, um ihren Auftrag durchführen zu können.
- Angesichts der Entwicklungen und Geschehnisse ist der gesellschaftliche und politische Rückhalt für die Soldatinnen und Soldaten von großer Bedeutung. Neben diesen umfassenden Maßnahmen ist für die Soldatinnen und Soldaten in NRW auch entscheidend, dass der gesamtgesellschaftliche Respekt für ihren Dienst gestärkt wird. Wer für die Gemeinschaft seine Gesundheit und sein Leben riskiert, in gefährlichen Situationen eingreift, hilft und rettet, verdient Respekt und Anerkennung aller Bürgerinnen und Bürger.
- Es darf keine Platzverweise für eine demokratisch legitimierte Institution wie die Bundeswehr im öffentlichen Raum geben. Eine „Ausladung“ der Bundeswehr bei staatlich geförderten Veranstaltungen lehnen wir ab und ermuntern zum Dialog zwischen der Bundeswehr und allen gesellschaftlichen Schichten. Die Bundeswehr muss selbstverständlich ihrer Informationspflicht im öffentlichen Raum nachkommen sowie uneingeschränkt gemäß den geltenden Vorschriften für den Dienst in den Streitkräften werben.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung:

- Die Wahrnehmung von Soldatinnen und Soldaten in der Öffentlichkeit ist zu stärken. Denn die Angehörigen der Bundeswehr sind „Staatsbürger in Uniform“, die die gleichen Rechte und Pflichten wie jeder Staatsbürger haben, jedoch den Werten und Normen des Grundgesetzes besonders verpflichtet sind. Sie ist eine Parlamentsarmee, der mehr Wertschätzung entgegengebracht werden muss. Deshalb sollen Gelöbnisse und Verabschiedungs- beziehungsweise Begrüßungsappelle in den Auslandseinsatz nicht hinter Kasernenmauern, sondern in der Mitte der Gesellschaft auf öffentlichen Plätzen, unter Beteiligung der Zivilgesellschaft und Politik durchgeführt werden. Anzustreben ist vor diesem Hintergrund ein jährliches „Feierliche Gelöbnis“ vor dem Landtag.
- Die Jugendoffiziere der Bundeswehr vermitteln seit Jahren als erfahrene und praxisnahe Referentinnen und Referenten auch in NRW über die Herausforderungen einer bündnisorientierten Sicherheitspolitik. Die Jugendoffiziere leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung und gehen auf aktuelle (welt-)politische Ereignisse ein. Die wichtige Arbeit der Jugendoffiziere wollen wir ausbauen. Es ist zu prüfen, wie hier die Zusammenarbeit mit den staatlichen Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten vereinfacht und ausgebaut werden kann. Einem Herausdrängen der Bundeswehr aus Schulen und Universitäten treten wir entschieden entgegen.
- Partnerschaften zwischen der Bundeswehr und Kommunen vertiefen die Beziehungen zwischen Soldatinnen und Soldaten und lokaler Bevölkerung und fördern den politischen und gesellschaftlichen Rückhalt der Bundeswehr in der Bevölkerung. Wo diese noch

nicht errichtet sind, muss geprüft werden, wie Kommunen dabei unterstützt werden können, Patenschaften neu einzurichten.

- Reservistinnen und Reservisten bilden eine wichtige Brücke zwischen Bundeswehr und Gesellschaft und sind fester Bestandteil bei der Bewältigung der Aufgaben im Heimatschutz. Es ist zu prüfen, wie Anreize für Unternehmen, ihre Beschäftigten für Reservedienstleistungen freizustellen, weiter erhöht werden können.
- Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen erfolgt durch fünf Bezirks- und 54 Kreisverbindungskommandos (BVK) und KV (Kreisverbindungskommando) auf Ebene der Regierungsbezirke, Landkreise und kreisfreien Städte. Sie beraten die jeweiligen zivilen Krisenstäbe über die Unterstützungsmöglichkeiten der Bundeswehr im Hilfeleistungsfall. In den 59 Verbindungskommandos setzen sich über 700 Reservistendienstleistende aktiv für Nordrhein-Westfalen ein. Zudem vertreten sie die Bundeswehr in der Öffentlichkeit. Die Landesregierung soll in Gesprächen mit dem Bund darauf hinwirken, dass die KVK und BVK personell sowie materiell gestärkt werden.

Bodo Löttgen  
Matthias Kerkhoff  
Gregor Golland  
Dietmar Panske  
Dr. Christos Katzidis

und Fraktion

Christof Rasche  
Henning Höne  
Marc Lürbke

und Fraktion